

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Mittwoch, 12. Dezember 2018 · Nr. 289 · 239. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 4.70 · €4.70



YORGOS NIKAS / SPL / KEYSTONE

Noch weit ist der Weg zum Gentech-Baby

Der chinesische Forscher He Jiankui setzte die Genschere bei Embryonen ein, die eigentlich gesund gewesen wären. Dafür wurde er von allen Seiten kritisiert. Zu Recht, denn die Risiken für die Kinder sind zu hoch. Und in den allermeisten Fällen gibt es bessere Alternativen als einen Eingriff in diesem frühen Entwicklungsstadium. Priorität sollten andere Formen von Gentherapien haben. *Leitartikel, Seite 12*

Aktienrecht zurück in die Werkstatt

Ständerat weist die Mammutvorlage an seine Rechtskommission zum Abspecken zurück

HANSUELI SCHÖCHLI

Abspecken oder sterben: Das schien in den letzten Wochen für die Mammutvorlage zur Revision des Aktienrechts die Kernfrage zu sein. Die vorbereitende Rechtskommission des Ständerats hatte das schon vorher stark befrachtete Revisionsprojekt noch weiter aufgebläht und zudem geplante Erleichterungen gestrichen, was bei den Wirtschaftsverbänden Konsternation auslöste. Die Verbände Economiesuisse und Swiss Holdings, die das Paket des Nationalrats vom Juni 2018 im Grundsatz noch befürwortet hatten, lehnten nach den Beschlüssen der ständerätlichen Rechtskommission plötzlich die Gesamtvorlage ab. Der Gewerbeverband war schon von Anfang an gegen eine grosse Gesetzesrevision gewesen. Die Kernkritik der Wirtschaftsvertreter: Die Vorlage bringe viele zusätzliche Belastungen für Unternehmen, und manche der einst vorgesehenen Erleichterungen seien nun herausgefallen.

«Birchermüesli»

Das Aktienrecht gilt im Grundsatz für alle rund 200 000 Aktiengesellschaften in der Schweiz. Gewisse Regeln, wie jene zur Umsetzung der «Abzocker-Initiative», gelten allerdings nur für die etwa 250 börsenkotierten Firmen. Das Aktienrecht sei das «Herzstück der schweizerischen Wirtschaftsverfassung», betonte der Solothurner CVP-Vertreter Pirmin Bischof am Dienstag im Ständerat. Doch die aus der Kommission kommende Revisionsvorlage sei ein «Birchermüesli von Wunschvorstellungen», das für eine

Gesetzesrevision ungeeignet sei. Er vermisse einen einheitlichen Grundgeist und habe kein einziges Argument für eine grundlegende Reform gehört. Bischof gehörte zu jenen 20 Ständeräten, die für einen Antrag zum Nichteintreten auf die Vorlage stimmten. Der Antrag scheiterte bei 23 Gegenstimmen nur knapp. Nichteintreten hätte geheissen: Der Ständerat verzichtet auf eine Detailberatung und schickt das Paket zur Verbesserung oder Beerdigung an den Nationalrat. Hätte dann auch dieser auf Nichteintreten entschieden, wäre die Gesamtvorlage versenkt gewesen.

Zur Gesamtvorlage gehören unter anderem die Umsetzung der «Abzocker-Initiative» auf Gesetzesstufe, zusätzliche Verbote und Regeln zu den Chefbezügen, das Zeitgeistthema der Frauenquoten für Verwaltungsräte und Geschäftsleitungen grosser Firmen, Transparenzvorgaben für Rohstoffunternehmen, eine Offenlegungspflicht für Firmenzahlungen an politische Akteure sowie eine Serie weiterer Änderungen. Die Befürworter des Eintretens betonten, dass die Bundesverfassung die Umsetzung der «Abzocker-Initiative» in das Gesetz verlange, das vorgesehene Projekt manche unbestrittenen Verbesserungen für Firmen bringe, den Gläubigerschutz und die Transparenz stärke. Zudem könnten Kritiker bei umstrittenen Einzelpunkten Gegenanträge stellen, ohne gleich die ganze Vorlage versenken zu müssen.

Die Vorlage war nach dem knappen Entscheid des Ständerats zum Eintreten noch nicht gerettet. Die nächsten Hürden standen schon bereit in Form von Rückweisungsanträgen. Einer der An-

träge (vom Schaffhauser SVP-Ständerat Hannes Germann) forderte die Rückweisung an den Bundesrat, ein zweiter (vom Appenzell-Ausserrhoder FDP-Ständerat Andrea Caroni) wollte die Rückweisung an die Rechtskommission des Ständerats. Der Unterschied klingt minim, könnte aber zeitlich mehrere Jahre ausmachen. Laut der scheidenden Justizministerin Simonetta Sommaruga könnte die Rückweisung an den Bundesrat eine Verzögerung von drei bis fünf Jahren bedeuten. Bei einer Rückweisung an die Kommission ist gemäss Kommissionsmitgliedern mit einer Verzögerung von etwa sechs Monaten zu rechnen. Bei der Gegenüberstellung der beiden Rückweisungsanträge obsiegte der «sanftere» Antrag Caronis knapp mit 23 zu 21 Stimmen. Dieser Antrag setzte sich dann gegen die Aufnahme der Detailberatung klar durch.

Im Juni wieder im Ständerat?

So geht die Vorlage nun zurück in die Rechtskommission des Ständerats. Diese erhielt mit der Rückweisung auch inhaltliche Leitplanken. Grob übersetzt bedeuten diese Leitplanken etwa Folgendes: Die Kommission hat das Paket im Vergleich zur Vorlage des Nationalrats nicht noch stark aufzublähen, wie sie dies im ersten Versuch machte, sondern eher noch abzuspecken. Unter anderem soll die Umsetzung der «Abzocker-Initiative» nicht wesentlich über die Vorgaben der Verfassung hinausgehen. Laut Prognosen vom Dienstag dürfte eine verschlankte Vorlage im nächsten Juni wieder in den Ständerat kommen.

Wirtschaft, Seite 23, 25

Klimaschützer setzen auf Neustart

Nationalrat lehnt verwässertes CO₂-Gesetz ab

Die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens scheitert an einer unheiligen Allianz. Der SVP ging das neue CO₂-Gesetz zu weit, der Linken zu wenig weit. Nun liegt es am Ständerat, eine mehrheitsfähige Vorlage zu zimmern.

CHRISTOF FORSTER, BERN

Trotz dem Honig, den Doris Leuthard bei ihrem allerletzten Auftritt im Nationalrat von dessen Präsidentin erhielt, dürfte der Umweltministerin ihre Niederlage bitter schmecken. Die grosse Kammer hat nämlich die Totalrevision des CO₂-Gesetzes am Dienstag mit 92 zu 60 Stimmen abgeschmettert. Zwei Drittel der SP-Fraktion und fast die gesamte BDP enthielten sich der Stimme. Insgesamt gab es 43 Enthaltungen. Zur Ablehnung führte eine unheilige Allianz zwischen SVP und Ratslinker. Die SVP streitet zwar den menschlichen Einfluss auf den Klimawandel nicht ab. Doch die Volkspartei gewichtet die kurzfristigen Kosten für Wirtschaft und Haushalte stärker als den langfristigen Nutzen der Massnahmen für den Klimaschutz.

Dagegen zeigten sich Grüne, Grünliberale, SP und BDP enttäuscht von den Entscheiden des Parlaments. Insbesondere aufgrund des Verzichts auf ein Inlandziel bei der CO₂-Reduktion haben sich diese Parteien von der Vorlage abgewandt. Aber auch die von der Mehrheit abgelehnten Anträge für eine Flugticketabgabe, einen Beitrag des Finanzsektors an den Klimaschutz und eine Lenkungsabgabe auf Treibstoffen stiessen bei Links-Grün auf Kritik. Der Nationalrat habe einer bereits ungenügenden Vorlage des Bundesrats die letzten Zähne gezogen. Balthasar Glättli (gp, Zürich) nannte den Klimawandel die grösste Bedrohung der modernen Zivilisation. Doch die Zeichen seien offenbar nicht angekommen. Die FDP wiederum machte für das Scheitern ideologische Verbots- und Blockadepolitik von SVP und Linken verantwortlich.

Zurück auf Feld eins

Mit der Totalrevision des CO₂-Gesetzes wird die Klimapolitik nach dem Jahr 2020 festgelegt. Die Schweiz hat sich mit dem Pariser Klimaabkommen dazu verpflichtet, einen Beitrag zu leisten, um den Temperaturanstieg auf unter 2 Grad zu beschränken.

Das Nein des Nationalrats zur Vorlage entspricht laut den Parlamentsregeln einem Nichteintreten. Das heisst, die vom Rat geleistete Detailberatung verkommt zur Makulatur. Bereits im Januar wird sich die Umweltkommission des Ständerats mit dem Geschäft befassen. Sie startet dabei ihre Beratungen auf Basis der Vorschläge des Bundesrats. Allerdings wird sie auch die Entscheide des Nationalrats einbeziehen, wie am Dienstag diverse Mitglieder der ständerätlichen Umweltkommission sagten. Denn ihre Aufgabe wird es sein, eine Vorlage zu zimmern, die so-

wohl im Ständerat wie auch im Nationalrat – und allenfalls auch vor dem Stimmvolk – mehrheitsfähig ist. Gerade bei grossen Reformprojekten ist dies in den vergangenen Jahren zunehmend schwieriger geworden. Ein Beispiel hierfür ist die gescheiterte Rentenreform. Solche Vorlagen haben sich als nicht tragfähig erwiesen, wenn sie nur von zwei Bundesratsparteien unterstützt werden. Ein erschwerendes Element sind die unterschiedlichen Mehrheitsverhältnisse in den beiden Kammern: Im Nationalrat verfügen FDP und SVP über eine knappe absolute Mehrheit, im Ständerat CVP und SP.

Andere Mehrheit im Ständerat

Dies bedeutet, dass im Ständerat die CVP dem CO₂-Gesetz ihren Stempel aufdrücken kann. Das vom Nationalrat beseitigte Inlandziel scheint bei den CVP-Vertretern in der Umweltkommission unbestritten zu sein. Dabei handelt es sich um ein wichtiges Element der Vorlage, denn ohne Inlandziel als Steue-

Ein Scherbenhaufen hilft dem Klima nichts

Kommentar auf Seite 11

rungsinstrument lassen sich keine Massnahmen ableiten. Nicht festlegen wollten sich die befragten CVP-Ständeräte jedoch auf den Anteil der Treibhausgasreduktion im Inland. Der Bundesrat schlägt einen Inlandanteil von mindestens 30 Prozent vor, der Rest kann im Ausland kompensiert werden. Die Wirksamkeit von Reduktionen im Ausland ist jedoch umstritten. Laut diversen Studien führten rund drei Viertel der grenzüberschreitend angerechneten Projekte kaum zu einer zusätzlichen Reduktion des CO₂-Ausstosses. Ungeachtet dessen hat der Nationalrat das Inlandziel gestrichen – allerdings im knappen Verhältnis von 97 zu 95 Stimmen. Der Ständerat dürfte das Stimmenverhältnis in der Schwesterkammer im Auge behalten, wenn er die umstrittenen Punkte der Reform debattiert. CVP-Vertreter zeigten sich am Dienstag zuversichtlich, dass der Ständerat beim CO₂-Gesetz in den grossen Linien der Vorlage des Bundesrats folgen wird.

Sommarugas Einstieg

Künftig wird Simonetta Sommaruga, Leuthards Nachfolgerin im Umweltschwerpunkt, das Geschäft in den Räten vertreten. Dabei wird sie allerdings die vom Bundesrat beschlossenen Entscheide zu verfechten haben. Da der Ständerat 2019 die Totalrevision behandelt, wird die Vorlage erst nach den nationalen Wahlen vom Oktober 2019 zurück in den Nationalrat kommen. Die Grünen haben bereits erklärt, dass sie das Klima zu ihrem Wahlkampfthema machen. Falls sich im nächsten Herbst die Mehrheitsverhältnisse nach Mitteleuropa verschieben, wird die Debatte unter veränderten Vorzeichen laufen.